

II-8007 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3935/J

1992 -12- 14

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Bartenstein
und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Errichtung einer neuen ÖMV-Zentrale um 1,6
Milliarden Schilling im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe
der Gemeinde Wien an die SGP für Niederflur-Straßenbahnen

Anlässlich der Debatte über die Dringliche Anfrage zum Thema
"Verstaatlichte Industrie" im Plenum des Nationalrates am
Mittwoch 2. Dezember 1992 hat SPÖ-Zentralsekretär Marizzi u.a.
auf die Bedeutung eines 5 Milliarden Schilling umfassenden
Auftrages für Niederflurwagen an die SGP zur
Konjunkturankurbelung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen
hingewiesen. Abgesehen von der Tatsache, daß der Auftrag der
Gemeinde Wien ein Volumen von 4 Milliarden Schilling umfaßt,
berichtet die Tageszeitung "Die Presse" vom Donnerstag,
3. Dezember 1992, daß der Wiener Vizebürgermeister Hans Mayr
die Erteilung dieses Auftrages an die SGP davon abhängig
gemacht hat, daß die gleichfalls noch mehrheitlich zum
AI-Konzern gehörende ÖMV das 1,6 Milliarden Schilling teure
ÖMV-Hochhaus am Wiener Handelskai errichtet oder zumindest dort
Räume mietet. Nach dem Bericht der "Presse" haben die
"Konzernspitze der Austrian Industries" und der Wiener
Vizebürgermeister ein derartiges Ergebnis verhandelt. Weiters
wird berichtet, daß es in der ÖMV-Zentrale noch am Nachmittag
desselben Tages geheißen hatte, daß man an den Beschlüssen der
Organe, die in der Folge des Halbjahresverlustes der ÖMV in
Höhe von einer halben Milliarde Schilling im vergangenen Sommer
getroffen wurden, festhalten werde und daß es erst bei einer
Besserung der Ertragslage der ÖMV grünes Licht zur Realisierung
dieses Bauprojektes geben werde. Begründet war diese
Entscheidung der zuständigen Organe der ÖMV mit der
Unsicherheit über die neuen Eigentümer, mögliche
Personalkürzungen und die schlechte finanzielle Situation der

- 2 -

ÖMV. Im Aufsichtsrat der ÖMV sitzen bekanntermaßen auch die verantwortlichen Vorstände der AI, die nun - ein knappes halbes Jahr später - das Gegenteil vereinbart haben. Die Vorgangsweise im Zusammenhang mit der Auftragserteilung an die SGP macht die Probleme und das Dilemma der Austrian Industries neuerlich überdeutlich:

Um einem Konzernbetrieb einen wirtschaftlich dringend notwendigen Auftrag zu sichern, wird ein anderer Konzernbetrieb in eine Investition gezwungen, die dieser aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Lage eigentlich nicht durchführen will. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden innerhalb des Konzerns - so wie dies bereits mit dem Chemiesektor geschehen ist - so lange umverteilt, bis auch die gesunden Betriebe die Ihnen aufgebürdeten Belastungen finanziell nicht mehr verkraften können und ebenfalls in den Bereich negativer Ergebnisse abrutschen. Darüberhinaus ist diese Vorgangsweise der verantwortlichen AI-Organen im Zusammenhang mit dem vom Eigentümer geplanten Verkauf der ÖMV höchst problematisch: Eine Investition, die von den zuständigen ÖMV-Organen abgelehnt wurde, weil die wirtschaftliche Situation des Unternehmens zum jetzigen Zeitpunkt eine Investition in der Größenordnung von S 1,6 Mrd. nicht zuläßt, muß notwendigerweise negative Auswirkungen auf die Privatisierungsbemühungen haben. Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Waren Sie als Eigentümerversreter über die Absicht der AI-Organen informiert, als Gegengeschäft für die Erteilung eines 4 Milliarden Schilling Auftrages an die SGP der Errichtung einer neuen ÖMV-Zentrale um 1,6 Milliarden Schilling zuzustimmen?

- 3 -

2. Wenn ja, welche Haltung haben Sie in dieser Frage eingenommen?
3. Haben die zuständigen Organe der ÖMV in der Zwischenzeit ihre im Sommer gefaßten Beschlüsse hinsichtlich der Verschiebung dieses Bauprojektes revidiert?
4. Wenn ja, mit welcher Begründung ist dies geschehen?
5. Welche sonstigen Zusagen wurden seitens der verantwortlichen Organe der Austrian Industries im Zusammenhang mit der Auftragserteilung an die SGP gegenüber der Gemeinde Wien gemacht?
6. Welche finanziellen Belastungen ergeben sich daraus in den kommenden Jahren für die SGP bzw. für die Austrian Industries?
7. Gibt es hinsichtlich der Finanzierung der "ÖMV-Zentrale" bereits konkrete Vereinbarungen zwischen ÖMV bzw. Austrian Industries und der Bank Austria?
8. Wenn ja, wie sehen diese aus?
9. Mit welchen Auswirkungen aus dieser Vereinbarung zwischen Gemeinde Wien und Austrian Industries rechnen Sie im einzelnen bei Ihren Bemühungen um einen Verkauf der ÖMV?